verbraucherzentrale Bundesverband

newsletter verbraucherpolitik eu aktuell

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	1
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	2
Finanzdienstleistungen	4
Gesundheit / Ernährung	4
Telekommunikation / Medien / Internet	6
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	7
Terminvorschau	8

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

1. Teileinigung über Verbraucherprogramm 2014-2020

Der EU-Ministerrat erzielte am 18. Juni 2012 eine Einigung über die Grundsätze für ein Verbraucherprogramm der Europäischen Union für die Jahre 2014-2020. Das Europäische Parlament wird sich im Laufe des Jahres 2012 äußern. Für dieses Programm sollen nach dem Vorschlag der EU-Kommission 197 Millionen Euro bereitgestellt gestellt werden.

Vorgesehen sind die folgenden Maßnahmen:

- Konsolidierung und Steigerung der Produktsicherheit durch wirksame Marktüberwachung in der gesamten EU,
- Verbesserung der Verbraucherbildung, der Verbraucherinformation und des Wissens der Verbraucher über ihre Rechte,
- Konsolidierung der Verbraucherrechte insbesondere durch Regulierungsmaßnahmen und Verbesserung des Zugangs zu Rechtsschutzinstrumenten, darunter auch alternativen Streitbeilegungsverfahren,
- Unterstützung der grenzübergreifenden Durchsetzung von Verbraucherrechten.

Die Entscheidung über die Finanzierung bleibt der Gesamteinigung über den Finanzrahmen der Europäischen Union für die Jahre 2014-2020 vorbehalten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/131047.pdf

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1317&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=en

2. EU-Kommission rügt mangelnden Schutz bei Haustürgeschäften in Deutschland

In den EU-Vorschriften ist eine Widerrufsfrist von mindestens sieben Tagen für Haustürgeschäfte festgelegt. Innerhalb dieser Frist kann der Verbraucher vom Vertrag zurücktreten. Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch enthält jedoch zusätzlich die Anforderung, dass der Verbraucher zum Vertragsschluss „bestimmt worden“ sein muss. Dieses Zusatzkriterium, das nicht vom EU-Recht gedeckt ist, beschränkt das eu-

verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Berichtszeitraum
11. bis 24. Juni 2012

Impressum

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin

Referentin Internationales
Maren Osterloh M.A.
eu-internationales@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

roparechtlich verbriefte Rücktrittsrecht. In Gerichtsverfahren hat sich nämlich gezeigt, dass Verbraucher nicht immer beweisen konnten, dass die Haustürsituation ausschlaggebend für die Unterzeichnung des Vertrags war.

Die EU-Kommission fordert daher Deutschland auf, innerhalb von zwei Monaten seine Rechtsvorschriften zu ändern. Dem Verbraucher dürfe nicht der Nachweis zugemutet werden, dass er in seiner Privatwohnung oder bei einer „Kaffeefahrt" überrumpelt worden ist. Wenn Deutschland dieser Aufforderung nicht nachkommt, kann die EU-Kommission Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verklagen.

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/647&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

3. Verbraucher benötigen bessere Information über Tierschutz

Die europäischen Landwirtschaftsminister waren sich am 18. Juni 2012 darüber einig, dass neue Instrumente zur Verbesserung der Transparenz und der Information der Verbraucher über Tierschutz geprüft werden müssen. Allerdings reiche der Einfluss der Verbraucher allein nicht aus, um den Tierschutz zu gewährleisten. Maßnahmen zur Festlegung von Mindestanforderungen auf einer wissenschaftlichen Grundlage seien nach wie vor unverzichtbar.

http://www.consilium.europa.eu/homepage/highlights/better-treatment-of-animals?lang=de

4. Verzeichnis der zuständigen Behörden für Verbraucherschutz in Europa

Im EU-Amtsblatt vom 23. Juni 2012 ist mit Stand vom 9. März 2012 das Verzeichnis der zuständigen Behörden für die Zusammenarbeit bei der Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze in Europa veröffentlicht worden. Zentrale Verbindungsstelle in Deutschland ist das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Hinzu kommen insbesondere Ministerien von Bundesländern.

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:185:0001:0062:DE:PDF

Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

1. Einigung auf abgespeckte Energiesparziele

Vertreter der EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission einigten sich am 13. Juni 2012 auf einen Kompromiss über die EU-Richtlinie zur Energieeffizienz. Dieser Kompromiss muss noch vom Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat förmlich beschlossen werden. Damit ist bis zum Jahresende 2012 zu rechnen. Danach folgt eine Frist von 18 Monaten zur Umsetzung.

Durch diese Richtlinie werden erstmals rechtlich verbindliche Energieeffizienz-Maßnahmen eingeführt. Zentrales Element der Richtlinie ist die Vorgabe, die Energienachfrage der Verbraucher jährlich um 1.5 Prozent zu senken. Anders als von der EU-Kommission vorgeschlagen (und auch vom Industrieausschuss des Europäischen Parlaments gebilligt), bleibt es den Mitgliedstaaten überlassen, ob sie Einsparverpflichtungen für Energieversorger einführen oder andere Maßnahmen wie etwa Förderprogramme für Energieeffizienz ergreifen wollen. Außerdem können die Mitgliedstaaten bereits erfolgte Vorleistungen zur Energieeffizienz teilweise anrechnen.

Die Mitgliedstaaten werden ferner aufgerufen, sich nationale Ziele zu setzen, um zur Senkung des Energieverbrauchs beizutragen. Drei Prozent aller öffentlichen Gebäude der nationalen Regierungen müssen jährlich energetisch saniert werden. Gebietskörperschaften wie Länder und Kommunen werden nicht mehr erfasst. Große Unternehmen müssen in Zukunft alle vier Jahre eine Überprüfung ihres Energie-

aufwands („Energieaudit“) durchführen. Vorgesehen ist auch die Einführung intelligenter Messsysteme.

Erhofft wird, dass durch die Umsetzung der Richtlinie bis 2020 eine Einsparung des Energieverbrauchs in Höhe von 17 Prozent gegenüber 1990 erzielt wird. EU-Kommission, Europäisches Parlament und EU-Ministerrat wollen aber am Ziel einer Senkung des Energieverbrauchs um 20 Prozent festhalten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/131014.pdf

http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/content/20120614IPR46817/html/MEPs-seal-the-deal-on-energy-efficiency

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/433&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en

2. Europäischer Datenschutzbeauftragter warnt vor Risiken intelligenter Stromzähler

Am 8. Juni 2012 hat der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) seine Stellungnahme zur Empfehlung der EU-Kommission zu Vorbereitungen für die Einführung intelligenter Messsysteme abgegeben. Der Europäische Datenschutzbeauftragte ist eine unabhängige Behörde, deren Aufgabe es ist, dafür zu sorgen, dass der Schutz personenbezogener Daten und der Privatsphäre gewährleistet ist und bewährte Verfahren in den Organen und Einrichtungen der EU gefördert werden.

Die Einführung intelligenter Messsysteme in ganz Europa möge zwar signifikanten Nutzen bringen, werde aber auch die massive Sammlung personenbezogener Daten ermöglichen, mit denen beispielsweise verfolgt werden kann, was die Mitglieder eines Haushalts in ihren eigenen vier Wänden tun, ob sie im Urlaub oder auf der Arbeit sind, ob sie spezielle medizinische Geräte oder ein Babyphon benutzen, wie sie ihre Freizeit verbringen. Diese Muster könnten nützlich sein, um unseren Energieverbrauch für Energiesparzwecke zu analysieren. Zusammen mit Daten aus anderen Quellen könnten Muster und Profile aber auch etwa für Marketing, Werbung und Preisdiskriminierung durch Dritte genutzt werden.

Giovanni Buttarelli, Stellvertretender EDSB, erklärt hierzu: "Der EDSB ruft die Kommission dazu auf, zu evaluieren, ob weitere Gesetzgebungsmaßnahmen auf EU-Ebene notwendig sind, um ein angemessenes Datenschutzniveau bei der Einführung intelligenter Messsysteme zu gewährleisten. In seiner Stellungnahme gibt er pragmatische Empfehlungen hierfür. Einige dieser Empfehlungen könnten bereits durch Änderungen der Energieeffizienz-Richtlinie, die zurzeit im Rat und im Parlament verhandelt wird, umgesetzt werden. Sie sollte mindestens eine Verpflichtung für die Verarbeitung Verantwortliche enthalten, eine Datenschutzfolgenabschätzung durchzuführen und Datenschutzverstöße zu melden."

http://www.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/EDPS/PressNews/Press/2012/EDPS-2012-10_Smartmetering_DE.pdf

http://www.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/Consultation/Opinions/2012/12-06-08_Smart_metering_EN.pdf

3. EU-Kommission klärt Rechte behinderter Fluggäste

Die EU-Kommission hat am 14. Juni 2012 Leitlinien zur Auslegung der Verordnung „über die Rechte von behinderten Flugreisenden und Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität“ vorgelegt. Trotz europaweit geltender Regeln hätten behinderte und in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen weiterhin Probleme bei Flugreisen. Die Flugreisenden beklagten sich oft, dass sie abgewiesen werden oder mit immer wieder wechselnden Anforderungen, medizinische Atteste vorzulegen oder sich von einer Person begleiten zu lassen, konfrontiert würden. Allerdings sollten behinderte und in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen ihre Bedürfnisse mindestens 48 Stunden vor dem planmäßigen Abflug anmelden.

"Es ist schon schwierig genug, mit einer Behinderung im Leben zurecht zu kom-

men. Es sollte nicht noch schwieriger werden, wenn man am Flughafen ankommt. Meine Botschaft an behinderte Flugreisende lautet: Wenn Sie sich die Reise erleichtern wollen, sagen Sie rechtzeitig Bescheid, dass Sie kommen. Und den Fluggesellschaften und Flughäfen möchte ich Folgendes mitgeben: Behinderte und in ihrer Mobilität eingeschränkte Fluggäste benötigen meist Ihre Hilfestellung. Die Leitlinien sollen Sie dabei unterstützen, diesen Reisenden zu helfen.", sagte der für Verkehr zuständige Vizepräsident der Kommission Siim Kallas.

Die Leitlinien gelten für Reisende auf allen EU-Flughäfen sowie für Flugreisen mit EU-Fluggesellschaften weltweit. Sie sind auch von Fluggesellschaften aus Ländern außerhalb der Europäischen Union auf Flügen innerhalb Europas oder aus Europa zu beachten.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10714_de.htm

http://ec.europa.eu/transport/passengers/air/doc/prm/2012-06-11-swd-2012-171_de.pdf

Finanzdienstleistungen

Striktere Vorschriften für Ratingagenturen

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments stimmte am 19. Juni 2012 für scharfe Transparenzregeln für Ratingagenturen. Damit sollen die grundsätzlichen Schwächen der Bonitätsprüfung von Ratingagenturen, wie die Bewertungsprobleme und die Prognoseunsicherheit ausgeräumt werden. Ratingagenturen müssen offen legen wie sie zu ihrer Bewertung einer Ausfallwahrscheinlichkeit eines Wertpapiers kommen.

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/econ/pr/891/891376/891376de.pdf

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/econ/am/897/897834/897834de.pdf

http://www.markus-ferber.de/index.php?id=75&tx_ttnews%5Btt_news%5D=1515&cHash=425351e1fc3fb91f0e60fc8e6584a9fa

Gesundheit / Ernährung

1. Teileinigung über Gesundheitsprogramm 2014-2020

Der EU-Ministerrat erzielte am 22. Juni 2012 eine Einigung über die Grundsätze für ein Gesundheitsprogramm der Europäischen Union für die Jahre 2014-2020. Das Europäische Parlament wird sich im Laufe des Jahres 2012 äußern. Für dieses Programm sollen nach dem Vorschlag der EU-Kommission 446 Millionen Euro eingesetzt werden. Die vier Ziele sind:

- Entwicklung innovativer und nachhaltiger Gesundheitssysteme,
- mehr Zugang zu besserer und sichererer Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger,
- Gesundheitsförderung und Prävention von Krankheiten,
- Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor grenzübergreifenden Gesundheitsbedrohungen.

Die Entscheidung über die Finanzierung bleibt der Gesamteinigung über den Finanzrahmen der Europäischen Union für die Jahre 2014-2020 vorbehalten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/131116.pdf

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1317&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=en

http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st10/st10769.de12.pdf

2. Minimalkompromiss zur Fischereireform

Die europäischen Fischereiminister einigten sich in der Nacht zum 13. Juni 2012 auf die Grundzüge einer Reform der Fischereipolitik. Die Reform soll aber nicht ab 2015 gelten, sondern zwischen 2015 und 2020 stufenweise eingeführt werden. Zwischen 2015 und 2020 werden Begrenzungen in Form höchstmöglicher Dauererträge eingeführt (Fangmengen, die maximal möglich sind, ohne den Fischbestand zu gefährden). Rückwürfe – unerwünschte, ins Meer zurückgeworfene Fänge – gelten als Verschwendung und werden schrittweise unterbunden. Vorgesehen ist auch eine bessere Information der Verbraucher, insbesondere zur Nachverfolgbarkeit.

Die EU-Kommission hat sich nicht mit ihrer Forderung durchsetzen können, Fangquoten ab 2015 auf wissenschaftlicher Grundlage festzulegen und eine Anlandung aller gefangenen Fische vorzuschreiben. Die Mehrzahl der Bestände in Europa gilt als überfischt. Etwa ein Viertel der Fänge wird tot oder verletzt wieder ins Meer geworfen, weil die Fischer keine Quote dafür haben oder weil sich ein Verkauf nicht lohnt.

Hauptgegner einer weitergehenden Reform waren Spanien und Frankreich. Die Reform bedarf jedoch der Zustimmung des Europäischen Parlaments. Umweltschützer hoffen, dass hierbei noch Änderungen durchzusetzen sind.

http://www.consilium.europa.eu/homepage/highlights/support-for-the-reform-of-the-eu-fisheries-policy?lang=de

3. Neue Etikettierungsregeln für Säuglingsmilch und Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke

Das Europäische Parlament beschloss am 14. Juni 2012 seinen Standpunkt zu einem Gesetzesvorschlag über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder sowie über Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke. Angesichts der Vorteile des Stillens darf Milchanfangsnahrung für Säuglinge bis zu 12 Monaten nach dem neuen Gesetzesentwurf nicht länger mit Abbildungen von Babys, die die Verwendung des Produkts "idealisieren", beworben werden. Die Europaabgeordneten rufen ferner die EU-Kommission auf, die komplexe Gesetzeslage für Milchzubereitungen für Kleinkinder zwischen 12 und 36 Monaten zu überprüfen.

Spezielle Vorschriften für die Etikettierung von glutenfreien Lebensmitteln sind im Gesetzesvorschlag schon vorgesehen. Die Europaabgeordneten rufen die EU-Kommission auf, auch neue Richtlinien für Menschen mit Laktoseintoleranz zu erarbeiten. Ferner sollten die neuen Regelungen auch für wenig Kalorien enthaltende Diäten (800-1,200 Kalorien pro Tag) und "stark Kalorien reduzierte" Diäten (400-800 Kalorien pro Tag) gelten.

Das Europäische Parlament wird nunmehr in Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat eintreten, um eine Einigung in zweiter Lesung zu erreichen.

http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/content/20120613IPR46785/html/Neue-Etikettierungsregeln-f%C3%BCr-S%C3%A4uglingsmilch-und-glutenfreie-Lebensmittel

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0255+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

4. Europäisches Parlament fordert strengere Kontrollen für Brustimplantate

Vor dem Hintergrund des Implantate-Skandals um die französische Firma PIP (Poly Implant Prothèse), forderten die Europaabgeordneten am 14. Juni 2012 die EU-Kommission auf, die Zulassung für bestimmte medizinische Produkte, einschließlich Brustimplantate, zu verschärfen. PIP hatte etwa 400.000 mangelhafte Implantate weltweit verkauft, darunter auch eine größere Anzahl in Deutschland.

Die Abgeordneten fordern die Einführung eines Passes für die Empfänger von Brustimplantaten, der Informationen über die Beschaffenheit des Implantats enthalten soll. Ferner sprechen sie sich für die Gründung eines Registers für Brustimplantate in jedem Mitgliedstaat aus. Die nationalen

Register sollen miteinander vernetzt werden. Darüber hinaus erwägen sie, Regeln für Sammelklagen aufzustellen, um den Betroffenen den Erhalt von Entschädigungen zu erleichtern. Außerdem soll der Markt strenger überwacht werden. Die Rückverfolgbarkeit sei zu gewährleisten und mögliche Nebenwirkungen seien besser bekannt zu machen.

http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/content/20120613IPR46787/html/Brustimplantate-Parlament-verlangt-strengere-Sicherheitskontrollen

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0262+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

5. Zulassung von Nahrungsmittelzusatzstoffen und Aromen

Der EU-Ministerrat erhob am 21. Juni 2012 keine Einwände gegen vier Vorschläge für Verordnungen der EU-Kommission: (i) Verwendung von Benzoesäure – Benzoaten (E 210-213) in alkoholfreien Entsprechungen von Wein, (ii) Verwendung von Polysorbaten (E 432-436) in Kokosmilch, (iii) Übergangsmaßnahmen bezüglich der Unionsliste der Aromen und Ausgangsstoffe gemäß Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 und (iv) Verwendung von Talkum (E 553b) und Carnaubawachs (E 903) bei ungeschälten gefärbten gekochten Eiern sowie der Verwendung von Schellack (E 904) bei ungeschälten gekochten Eiern.

Die EU-Kommission kann diese Verordnungen beschließen wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st08/st08859.de12.pdf

http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st08/st08931.de12.pdf

http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st09/st09739.de12.pdf

http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st09/st09975.de12.pdf

Telekommunikation / Medien / Internet

1. Antipiraterieabkommen Acta vor dem Aus

Am 21. Juni 2012 lehnte der federführende Handelsausschuss des Europäischen Parlaments das Antipiraterieabkommen Acta mit 19 zu 12 Stimmen (keine Enthaltungen) ab. Acta steht für „Anti-Counterfeiting Trade Agreement“. Dieses Abkommen sollte auf internationaler Ebene zum Schutz des geistigen Eigentums, auch im Internet, beitragen. Kritisiert wurden insbesondere mögliche Internetsperren oder eine Zensur im Internet. Das Plenum des Europäischen Parlaments wird am 3. Juli 2012 über das Abkommen diskutieren und am 4. Juli 2012 darüber abstimmen. Entschieden gegen Acta sind Sozialdemokraten, Liberale, Grüne und Linke. Dagegen sind aber auch Teile der übrigen Fraktionen.

http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/content/20120614IPR46889/html/Parliament-should-say-NO-to-ACTA-says-International-Trade-Committee

2. Vorerst keine Nachteile für europäische Verbraucher durch neue Internet-Protokolladressen

Am 6. Juni 2012 haben die großen Internetfirmen den neuen Internetstandard IPv6 für Internet-Protokolladressen eingeführt. Internet-Protokoll-Adressen (IP-Adressen) sind mehrstellige Zahlencodes, welche ähnlich wie eine Postadresse ermöglichen, Daten von ihrem Absender zum vorgesehenen Empfänger zu transportieren. Der bisherige IPv4 Standard ermöglicht bis zu etwa 4.3 Milliarden IP-Adressen. Diese Kapazität ist fast erschöpft. Während die IP-Adressen nach altem Standard aus 32 Bit bestehen, sind es beim IPv6-Format 128 Bit, wodurch 340 Sextillionen (eine Sextillion ist eine Eins mit 36 Nullen) und damit beliebig viele Adressen und weitere Anwendungen möglich sind. Hierzu gehören auch bessere Vorkehrungen für die Netzwerksicherheit.

Die EU-Kommission hält den Übergang auf den neuen Standard für kostspielig. Beide Standards würden aber parallel laufen bis der Übergang zum neuen Standard abgeschlossen ist. Der Übergang betreffe auch nicht den Inhalt von IPv4. Für die Nutzer würde sich daher nur wenig ändern. Internet-Provider werden aufgerufen, die den Verbrauchern zur Verfügung gestellten Einrichtungen umzustellen. Kurzfristig habe die Umstellung auch keine Auswirkungen auf den Internetzugang der Verbraucher.

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/414&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en

Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

1. Verbraucherpreisniveau in Deutschland über europäischem Durchschnitt

Nach Daten von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, unterschieden sich die Preisniveaus für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen im Jahr 2011 deutlich zwischen den Mitgliedstaaten. Dänemark (142 Prozent des EU-Durchschnitts) hatte das höchste Preisniveau, Deutschland (103 Prozent) lag leicht über dem EU-Durchschnitt von 100 Prozent. Billigstes Land war Bulgarien (51 Prozent). Bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken kam Deutschland auf 110 Prozent, bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren auf 97 Prozent, bei Bekleidung auf 103 Prozent, bei Unterhaltungselektronik auf 99 Prozent, bei Privatfahrzeugen auf 101 Prozent und bei Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen auf 103 Prozent.

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/12/98&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

2. Kartellverfahren gegen die Deutsche Bahn

Die EU-Kommission hat am 13. Juni 2012 ein Kartellverfahren gegen die Deutsche Bahn AG und mehrere ihrer Tochtergesellschaften eingeleitet. Es bestehe der Verdacht, dass sich diese Unternehmen an einem wettbewerbswidrigen Preissystem für Bahnstrom beteiligt haben. Dieser Strom wird für den Antrieb elektrischer Eisenbahnen verwendet. Die Kommission wird untersuchen, ob die von der Deutschen Bahn gewährten Rabatte dazu führen, dass Wettbewerber höhere Preise zahlen müssen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10710_de.htm

3. Verbraucher sollen Entwicklung innovativer Waren mit beeinflussen

Verbraucher und öffentliche Beschaffungsstellen sollten nicht unterschätzen, welche Rolle sie bei der Förderung industrieller Innovationen spielen können, indem sie zum Beispiel Waren kaufen, die weniger Energie verbrauchen und/oder umweltfreundlicher sind. Die EU-Kommission ruft daher interessierte Bürgerinnen und Bürger und weitere Interessengruppen auf, bis 6. September 2012 ihre Vorstellungen für neue Initiativen im Bereich innovative Güter und betriebliche Investitionen zu unterbreiten. „Innovation ist nicht nur das Ergebnis der Arbeit von Erfindern, Forschern und Ingenieuren. Auch die nachfrageorientierte Innovation kann ein mächtiges Instrument sein und der europäischen Wirtschaft helfen, wettbewerbsfähiger und bei einer Reihe von gewerblichen Waren Innovationsführer zu werden, wobei damit gleichzeitig gesellschaftliche Herausforderungen angegangen werden. Wir brauchen solche Ideen, um das Wachstum anzukurbeln, denn das ist der einzige Weg aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise“, erklärte Antonio Tajani, Kommissar für Unternehmen und Industrie.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10724_de.htm

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/620&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/innovation/documents/innovation-consultation_en.htm

Terminvorschau

Rat

Europäischer Rat (28./29. Juni 2012)

Leitlinien für Haushaltskonsolidierung und Beschäftigung; Länderspezifische Empfehlungen; EU-Wachstumsagenda; Finanzielle Vorausschau 2014-2020; Krisenmaßnahmen im Euroraum.

Informeller Rat Umwelt (07./08. Juli 2012)

Aussprache zu Empfehlungen zum Schutz der europäischen Wasserressourcen; Aussprache über öffentlich-private Finanzierung von Maßnahmen zum Klimaschutz.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (25. Juni 2012)

Gemeinsames Europäisches Kaufrecht.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (25. Juni 2012)

Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (Aussprache mit Vertretern nationaler Parlamente).

Plenum (2. bis 5. Juli 2012)

Bilanz des dänischen EU-Ratsvorsitzes; Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates (28./29. Juni 2012) Tätigkeitsprogramm des zypriotischen Ratsvorsitzes; Vorbereitung des Arbeitsprogramms der EU-Kommission 2013; Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II); Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen; Zugang zu grundlegenden Bankdienstleistungen; Handelsübereinkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (Acta); Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik; Ökologische/biologische Produktion und Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen; Strategie der Europäischen Union für den Schutz und das Wohlergehen von Tieren; Schaffung eines EU-Rechtsrahmens zum Schutz von Haustieren und streunenden Tieren; Ergebnisse des Rio+20-Gipfels (20.-22. Juni 2012); Umsetzung der Wassergesetzgebung der EU; Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum; eCall: ein neuer 112-Notrufdienst für die Bürger.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung der Kommission (3. Juli 2012)

Vorschlag für eine Verordnung über die Transparenz der Anlageprodukte für Kleinanleger; Überarbeitung der Richtlinie über Versicherungsvermittlung; Vorschlag für eine Änderung der Richtlinie zu Investmentfonds (OGAW-Richtlinie).

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastruktur, Informationsgesellschaft (25. Juni 2012)

Sondierungsstellungnahme zum Thema "Verkehrs-Weißbuch: Einbindung und Teilhabe der Zivilgesellschaft".

Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umweltschutz (26. Juni 2012)

Stellungnahme zur Mitteilung der Kommission zum Thema "Den Verbraucher auf den Geschmack bringen: eine Strategie mit hohem europäischen Mehrwert zur Absatzförderung für Europas Agrarerzeugnisse"; Europäischer Fischereifonds.

Ausschuss der Regionen

Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (28. Juni 2012)

Bestandsaufnahme der Ergebnisse von Rio+20 - Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (UNCSD); Stellungnahmen zu den Themen "Energiefahrplan 2050", "Regionalspezifische Ansät-

ze zum Klimawandel", "Auf dem Weg zum 7. Umweltaktionsprogramm: Eine bessere Umsetzung des Umweltrechts der EU" und "Die Umsetzung der Thematischen Strategie für den Bodenschutz".

Fachkommission für Bildung, Jugend, Kultur und Forschung (5./6. Juli 2012)

Konferenz zum Thema „Sport für alle"; Stellungnahme zum Datenschutzpaket; Stellungnahme zu der Überarbeitung der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des Öffentlichen Sektors und zu der Mitteilung "Offene Daten".

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-19/11 (28. Juni 2012)

Ad-hoc-Mitteilungspflichten von Aktiengesellschaften über Vorgänge die für Aktionäre von Bedeutung sind.

Urteil in der Rechtssache C-128/11 (3. Juli 2012)

Handel mit gebrauchten Softwarelizenzen.

Gericht der Europäischen Union

Urteil in der Rechtssache T-167/08 (27. Juni 2012)

Bußgeld gegen Microsoft von fast 500 Millionen Euro wegen Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung.

Urteile in den Rechtssachen T-360/09 und T-370/09 (29. Juni 2012)

Geldbußen in Höhe von je 553 Millionen Euro gegen Ruhrgas AG (später E.ON Ruhrgas und Teil des E.ON-Konzerns) und Gaz de France (später Teil von GDF Suez) wegen der Aufteilung der Gasmärkte in Frankreich und Deutschland.

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache T-286/09 (3. bis 6. Juli 2012)

Geldbuße gegen Intel von 1.060.000.000 EUR wegen Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung.

Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)